

## Factsheet: Recht auf individuelles Asyl in Europa sicherstellen

### Sachstand: Worum geht es?

Am 23. September 2020 hat die Europäische Kommission ein bereits seit langem angekündigtes [Asyl- und Migrationspaket](#) veröffentlicht und erklärt, damit einen „Fresh Start“, einen Neubeginn der europäischen Asylpolitik einläuten zu wollen.

Viele Schwerpunkte des fast 500 Seiten umfassenden Pakets, das viele Querverweise zu den bereits 2016 veröffentlichten Reformvorschlägen enthält, sind jedoch keinesfalls neu, sondern umfassen die seit Jahren diskutierten Abschottungs- und Auslagerungstendenzen der europäischen Asylpolitik:

- Eine noch stärkere Sicherung der EU-Außengrenzen
- Verpflichtende Vorverfahren und Asylverfahren an den EU-Außengrenzen
- Ausweitung der Konzepte sog. sicherer Dritt- und Herkunftsstaaten
- Verhinderung der Sekundärmigration, also der Weiterwanderung in nicht zuständige Mitgliedstaaten durch Sanktionen
- Ausbau der „externen Dimension“, also der Kooperation mit Drittstaaten, um Rückführungsmöglichkeiten auszuweiten

Neu ist folgendes:

- Ein Rückführungsgrenzverfahren, das sich direkt an das Asylgrenzverfahren anschließt sowie sog. „Rückführungs- bzw. Abschiebungspatenschaften“ durch andere Mitgliedstaaten als Zeichen der Solidarität im Falle überlasteter Mitgliedstaaten
- Ein Monitoring-Mechanismus– allerdings reicht dieser nicht aus, um Pushbacks und weitere Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen wirksam zu verhindern

Es fehlt weiterhin:

- eine Abkehr von der für Geflüchtete sowie Mitgliedstaaten an den Außengrenzen unhaltbaren Regelung der Dublin-Verordnung, wonach die Ersteinreisestaaten in der Regel für das Asylverfahren zuständig sind
- eine europäische Seenotrettung

Sollte dieses Paket tatsächlich wie geplant in Kraft treten, wäre die Folge die zunehmende Verdrängung von individuellen und fairen Asylverfahren innerhalb der EU zugunsten von Schnellverfahren an den Außengrenzen – in haftähnlichen Verhältnissen, mit unklarem Zugang zu Rechtsberatung und effektivem Rechtsschutz.

## Unsere Position:

Der Paritätische fordert die Einführung einer europäischen Seenotrettung sowie die klare Absage an die Pläne der EU-Kommission und zahlreicher Mitgliedstaaten – darunter Deutschlands – in großem Stil Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen durchzuführen und das Konzept sicherer Drittstaaten und Herkunftsstaaten auszuweiten. Stattdessen müssen Schutzsuchende unter Berücksichtigung ihrer Interessen schnell von den EU-Außengrenzen auf die EU-Mitgliedstaaten umverteilt werden. Darüber hinaus bedarf es des massiven Ausbaus legaler Zugangswege für Schutzsuchende und sonstige Migrant\*innen.

## **Konkret fordern wir:**

- Die Einführung eines wirksamen Monitoringmechanismus an den EU-Außengrenzen, um Pushbacks endgültig zu beenden
- Die Einführung eines europäischen staatlichen Seenotrettungsprogramms
- Ein gemeinsames europäisches Asylsystem, welches den Zugang zu einem fairen Asylverfahren sicherstellt (kein Asylgrenzverfahren)
- Eine faire Verteilung von Schutzsuchenden in die Mitgliedstaaten direkt nach ihrer Registrierung an den Außengrenzen
- Den massiven Ausbau des europäischen und deutschen Resettlementprogramms sowie den Ausbau weiterer legaler Zugangswege

## Die Positionen der Parteien aus ihrem Wahlprogramm oder anderen aktuellen Positionierungen

### Die Union (CDU/CSU) Gemeinsames Wahlprogramm

*„Europas Grenzen schützen: Was wir in Europa brauchen, ist eine Sicherheitsunion. (...) Dafür müssen die europäischen Außengrenzen wirksam geschützt werden. Nur gemeinsam als Europäische Union können wir Drogenschmuggler, Menschenhändler, international agierende Banden, Gefährder und Terroristen wirksam bekämpfen. Um Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts garantieren zu können, bedarf es auch einer effektiven Polizeiarbeit innerhalb der Grenzen Europas. Wir wollen die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen ausbauen. Ihre personellen Kapazitäten werden wir deutlich aufstocken. Wir wollen die relevanten, für die Grenzpolizei zugänglichen Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem und EURODAC so gestalten, dass alle Informationen abrufbar zur Verfügung stehen. Wir wollen, dass die Einreise an den Außengrenzen umfassend elektronisch überwacht wird. Die bereits beschlossene Einrichtung des Ein- und Ausreiseregisters für Drittstaatsangehörige EES werden wir daher ebenso vorantreiben wie das Reiseinformations- und Genehmigungssystem ETIAS.*

**Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik grundlegend reformieren: (...)**

Vorrangiges Ziel muss es sein, Menschen in ihrer Heimat oder in deren Nähe Lebensperspektiven zu eröffnen. Die Europäische Union muss mit den Hauptherkunftsländern die Zusammenarbeit weiter intensivieren und Fluchtursachen – wie etwa Armut – bekämpfen. Dazu ist insbesondere eine umfassende Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent Afrika und eine aktive Stabilisierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten notwendig. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem muss grundlegend reformiert werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission einer fairen und solidarischen Verteilung der Kosten und Lasten innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union geht in die richtige Richtung. Wir sprechen uns für die Einrichtung von europäisch verwalteten Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen aus, in denen geprüft werden soll, ob ein Asylanspruch vorliegt oder nicht. Perspektivisch kann sich daraus eine europäische Behörde entwickeln, die auch die Mitgliedstaaten unterstützt und Koordinationsaufgaben übernimmt. Wir brauchen gemeinsame Standards im europäischen Asylrecht und eine europaweite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen – hinsichtlich Verfahren, Unterbringung und Versorgung. Dies senkt die Anreize, die manche Mitgliedstaaten für Asylsuchende attraktiver machen als andere.“<sup>1</sup>

**SPD Zukunftsprogramm zur Bundestagswahl**

„Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Deshalb werden wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems hin zu einem solidarischen Verteilungsmechanismus beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt und gewährt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden. Wir werden die Genfer Flüchtlingskonvention verteidigen. Pushbacks sind eine eklatante Verletzung des Völkerrechts. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden, sondern sollte auch staatlich durch die EU gewährleistet werden. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen und die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft werden. Wir werden eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen. Dies soll durch Bundeskontingente möglich gemacht und damit auch die Bereitschaft vieler Kommunen im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen“ aufgegriffen werden. Zusätzlich soll die Europäische Union ein Impfkontingent für Geflüchtete einrichten.“<sup>2</sup>

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundestagswahlprogramm**

**„Eine menschenrechtsorientierte Geflüchtetenpolitik in Europa umsetzen: (...)**  
Die neue Bundesregierung muss die Menschenrechte und das Asylrecht verteidigen.

<sup>1</sup> Vollständigen Text siehe: CDU/CSU, Das Programm für Stabilität und Erneuerung, S. 24ff.

<sup>2</sup> SPD, Aus Respekt vor deiner Zukunft – Das Zukunftsprogramm der SPD, S. 58.

*Zustände wie in den Lagern auf den griechischen Inseln, auf dem Mittelmeer oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer gemeinsamen und humanen Geflüchtetenpolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir mit folgendem Plan: In gemeinschaftlichen von den europäischen Institutionen geführten Registrierungscentren in den EU-Staaten mit rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten Außengrenzen sollen die Geflüchteten registriert werden und einen ersten Check durchlaufen, ob Einträge in sicherheits-relevanten Datenbanken vorliegen. So wissen wir, wer zu uns kommt, und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die Menschen, die nach Europa kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschenrechtskonform untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer Bindungen oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen schnellstmöglich den Aufnahme-Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens. Der zugrunde liegende, zügige Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von Mitgliedstaaten, Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe aus einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten. Das Asylverfahren findet dann im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen sind damit nicht vereinbar. Die Kommission stellt sicher, dass die gemeinsamen Regeln und Standards eingehalten werden und für alle Menschen gelten. Wir werden mit handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die derzeitige katastrophale Situation an den Außengrenzen zu beenden. Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Transitzonen oder europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab.“*

**Das Programm enthält weitere ausführliche Positionen, die wir hier kurz benennen und die ausführlich im Programm nachgelesen werden können:**

- *Sichere und legale Fluchtwege schaffen*
- *Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft (Resettlement)*
- *Landesaufnahmeprogramme und ein Patenschaftsprogramm ermöglichen*
- *Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte an den Außengrenzen sichern*
- *Aufnahme- und Transitländer unterstützen*
- *Fluchtursachen strukturell angehen“<sup>3</sup>*

### **FDP Wahlprogramm der Freien Demokraten**

**„Verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden:** Wir Freie Demokraten fordern als Kern einer Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik eine verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, es sei denn, sie

<sup>3</sup> Im Weiteren siehe: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundestagswahlprogramm 2021, S. 238 – 243.

haben erkennbar keine Bleibeperspektive. Sollte eine Einigung auf EU-Ebene nicht in absehbarer Zeit gelingen, sollte Deutschland mit gleichgesinnten Staaten vorgehen. Staaten, die sich an dieser „Koalition der Willigen“ nicht beteiligen, müssen mit angemessenen Kürzungen von Zuwendungen aus dem EU-Haushalt rechnen, die dann zur Finanzierung der Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen verwendet werden. **Sekundärmigration verhindern:** Wir Freie Demokraten wollen eine feste, achtjährige Zuständigkeit des EU-Mitgliedstaates, dem eine Schutzsuchende oder ein Schutzsuchender zugeteilt wurde. Die Rücküberstellung in den zuständigen EU-Staat muss vereinfacht werden. Hilfsleistungen sollen die Schutzsuchenden in der Regel nur im zuständigen EU-Staat erhalten. Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Hilfeleistungen in allen Mitgliedstaaten einem europäischen Mindestniveau entsprechen. Damit wollen wir die Dublin-Regelungen weiterentwickeln und Sekundärmigration wirksam verhindern. **Asylanträge in Botschaften von EU-Mitgliedstaaten ermöglichen:** Visum aus humanitären Gründen. Wir Freie Demokraten fordern, dass Asylanträge auch im Ausland in den Botschaften von EU-Mitgliedstaaten gestellt werden können. Es muss möglich sein, auf sicherem Weg nach Europa zu kommen – ohne lebensgefährliche Reise und die Gefahr, in die Hände von Menschenhändlern zu geraten. Ein Visum aus humanitären Gründen sollte ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind. Dazu sollten im europäischen Recht eindeutige Regelungen verankert werden. **Frontex für Außengrenze und Seenotrettung ausbauen:** Wir Freie Demokraten fordern einen schnelleren Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf die vorgesehene Personalstärke von 10.000 Beamtinnen und Beamten – begleitet von einer strukturellen Reform sowie einer Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen. Deutschland muss sich hieran stärker beteiligen. Ein Raum ohne Binnengrenzen erfordert einen starken Schutz der Außengrenzen. Dies können die Mitgliedstaaten vielfach nicht mehr alleine leisten. Eine starke europäische Grenzschutzagentur, die sie hierbei unterstützt, ist damit im Interesse aller Mitgliedstaaten und insbesondere im deutschen Interesse. Frontex sollte auch die Seenotrettung übernehmen, um endlich das grausame Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden. Hierbei handelt es sich um eine staatliche Aufgabe. Solange dies nicht gewährleistet ist, dürfen private Stellen, die diese Aufgabe übernehmen, nicht behindert werden. Die unter Beteiligung von Frontex erfolgten „Pushbacks“, also das illegale Zurückdrängen von Migrantinnen und Migranten, ist sehr ernst zu nehmen. Wir setzen uns für die Aufklärung solcher Vorkommnisse und für schärfere Mechanismen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen ein. So stärken wir den europäischen Grenzschutz, verbessern die Seenotrettung und tragen Sorge für die Einhaltung der Menschenrechte an den Außengrenzen der EU.“<sup>4</sup>

## DIE LINKE Wahlprogramm zur Bundestagswahl

„(...) **Schluss mit den Ausreden: Die Menschen retten!** Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden. Alle europäischen »Hotspots«, wie das Elendslager

*Moria und seine Nachfolger, müssen aufgelöst werden. Es braucht ein humanitäres Sofortprogramm zur Aufnahme der Menschen. Solange eine europäische Lösung nicht durchsetzbar ist, muss die Bundesregierung mit einer Koalition der Willigen vorangehen.*

***Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU.*** Das entzieht Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden. Das UN-Flüchtlingskommissariat hat im Januar 2021 die Praxis der Zurückweisung an Europas Grenzen angeprangert und sieht das Asylrecht in Gefahr. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss ohne Einschränkung befolgt werden! Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei und ähnliche Abkommen oder Formen der Zusammenarbeit mit Milizen und Diktatoren in Staaten wie Libyen, Ägypten, Sudan und Marokko müssen aufgekündigt werden.

***Flucht ist kein Verbrechen!*** Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. (...)

***Asylrecht ausweiten und durchsetzen!*** Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau; die Verlagerung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. (...)

***Das Dublin-System muss überwunden werden:*** Wir wollen eine europäische Fluchtumlage zur Verantwortungsteilung, die an den Wünschen und Interessen der Geflüchteten anknüpft und bestehende Familienbindungen, sprachliche Kenntnisse und individuelle Umstände maßgeblich berücksichtigt. Ungleiche Verteilung kann dann durch Ausgleichszahlungen der Länder mit geringen Aufnahmezahlen ausgeglichen werden; Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt. (...)<sup>5</sup>

Kerstin Becker Juli 2021



[Zur Wahlkampagne des Paritätischen Gesamtverbandes](#)

<sup>5</sup> Ausführlich siehe: DIE LINKE, Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021, S. 116.